

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.05.2023

Inhalt

EWN

1 Jetzt ganz andere Pläne für LNG-Terminal vor Rügen <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 04.05.2023</i>	3
2 Probelauf für Atommüll-Rücknahme <i>Landshuter Zeitung, 04.05.2023</i>	5
3 Polen plant bis zu 80 Kleinreaktoren <i>energate Messenger, 03.05.2023</i>	6

Jetzt ganz andere Pläne für LNG-Terminal vor Rügen

Ist RWE schon wieder ausgestiegen aus dem LNG-Geschäft auf Rügen? Oder mischt der Energieriese doch noch mit? Auf alle Fälle ist ein alter Bekannter aus der MV-Politik mit an Bord gegangen.

Neubrandenburg. Ende vergangener Woche geisternten Meldungen durch Politik- und Presselandschaft, die besagten, dass sich RWE als Betreiber eines geplanten LNG-Terminals vor oder auf Rügen zurückziehen würde. Das Pikante an der Nachricht: Als der Nordkurier jetzt sowohl beim Bundeswirtschaftsministerium als auch bei RWE nachfragte, ob dieser überraschend kurzfristige Rückzug denn auch wirklich stattfinden werde, gab es von beiden Seiten keine offizielle Bestätigung.

Das Bundeswirtschaftsministerium verwies in dem Zusammenhang auf RWE, und der Großkonzern mit Hauptsitz in Essen (Nordrhein-Westfalen) schickte ein durchaus unterschiedlich interpretierbares Statement. RWE sei in das Vorhaben nur als Dienstleister der Bundesregierung involviert und helfe dort, wo man könne und gebraucht werde, so heißt es aus der Presseabteilung. Man habe bereits bei der diesjährigen Bilanzpressekonferenz deutlich gemacht, dass man nicht dauerhaft-LNG Infrastruktur betreiben wolle. „Selbstverständlich wird das in Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgen. Unsere Haltung ist somit nicht neu und natürlich auch dem Bundeswirtschaftsministerium bekannt“, so die offiziellen Pressemitteilungen aus Essen.

Hört man sich ein wenig inoffiziell im Bundeswirtschaftsministerium um und liest in verschiedenen Statements zu diesem Thema zwischen den Zeilen, ist durchaus Unmut und auch eine Prise Frust im Haus von Robert Habeck und in der Konzernzentrale von RWE zu spüren. Der massive Protest auf Rügen gegen den ursprünglich vorgesehenen Standort des LNG-Terminals fünf Kilometer vor der Seebrücke Sellins, aber auch die offenbar mittlerweile eher zögerliche und nicht sehr entscheidungsfreudige Position der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hinsichtlich des Standorts nerven in Berlin und Essen.

Zur Erinnerung: Nachdem sich die Landesregierung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vor Jahresfrist beim Kanzler noch mächtig ins Zeug gelegt

hatte, um auch ein Stückchen vom reichen LNG-Kuchen an Deutschlands Küsten abzubekommen, hat der Protest von der Urlaubsinsel eher für kalte Füße in Schwerin gesorgt.

Start zum kommenden Winter unwahrscheinlich

Vorläufiges Ergebnis dieser komplexen Gemengelage: Das Projekt ist mächtig ins Stocken geraten – RWE, Bundeswirtschaftsministerium und MV-Regierung sind ein Stück weit in der Sackgasse gelandet. „Die Hauptprotagonisten haben sich zerstritten und können sich noch nicht einmal mehr auf einen Standort einigen.“

Die richtige Schlussfolgerung aus dem massiven Gegenwind aus der Bevölkerung wäre es nun, einen Schlusstrich zu ziehen. Eine solch gewaltige und noch dazu unnötige Industrieanlage vor Deutschlands beliebtester Ferieninsel zu planen, war schlicht eine Fehlentscheidung“, sagt beispielsweise Constantin Zerger von der Deutschen Umwelthilfe.

Insofern scheint es auf den ersten Blick derzeit eigentlich eher unwahrscheinlich, dass das LNG-Terminal – ob im von der Bundesregierung favorisierten Hafen von Mukran oder sonst wo – wie ursprünglich geplant bis zum Heizwinter 2023/24 an den Start kommt.

Eigentlich – denn gänzlich beerdigt ist das Projekt offenbar doch noch nicht. Aktuelles Indiz: Der Nordkurier ist im Besitz eines Papiers, mit dem ein guter alter Bekannter aus der Landes- und Bundespolitik derzeit Lobbyarbeit für das norwegische Unternehmen Stena Power betreibt – und einen neuen LNG-Standort 20 Kilometer vor Sassnitz beziehungsweise 18 Kilometer vor Sellin ins Spiel bringt.

Eckhardt Rehberg, langjähriger mächtiger Haushaltspolitiker im Deutschen Bundestag und erfahrener sowie bestens vernetzter CDU-Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern, ist nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik im Herbst 2021 als Lobbyist

für eine Unternehmensberatung aktiv, die für Stena Power tätig ist. Die Firma aus dem hohen Norden gilt als eine der weltweit führenden, wenn es um den Bau von LNG-Terminals geht.

Geringere Sichtbarkeit dank Erdkrümmung?

Während Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Wirtschaftsminister Habeck nach dem vom Bürgerprotest abgeräumten Standort in Sichtweite zur Seebrücke Sellins den Hafen Mukran als neue LNG-Heimat favorisieren, rühmt Rehberg die Vorteile der Offshore-Lösung weiter draußen auf der Ostsee – inklusive „85 Prozent geringere Sichtbarkeit des LNG-Gebiets wegen der Erdkrümmung“, heißt es unter anderem in der Präsentation, die nach Nordkurier-Recherchen eben von Stena Power und wohl auch von RWE verfasst worden sein soll. Aus der Energiebranche ist dazu zu hören, dass RWE auf einen Standort in Mukran wenig Lust habe, beim neuen Offshore-Standort aber wieder mit

im Boot sein könnte.

Insgesamt listet die Präsentation 12 Argumente für den neuen Offshore-Standort und gegen Mukran auf. Als besondere Vorteile für das LNG-Terminal weit draußen auf der Ostsee werde beispielsweise genannt, dass das bereits vor Sellin geplante Konzept problemlos offshore umgesetzt werden könnte, dass Material bereits vorbestellt und erste Gaslieferungen im kommenden Winter möglich seien und dass es keinen Konflikt mit Tourismus und Inselbewohnern geben würde.

„Deshalb glaube ich schon, dass man mit diesen Argumenten die aktuelle Diskussion befrieden und konstruktiv lösen könnte“, so Rehbergs Hoffnung. Ob diese Hoffnung am Ende politisch und wirtschaftlich trägt, werden die nächsten Tage zeigen. Denn die Zeit drängt, um ein mögliches LNG-Terminal an der Ostsee noch in diesem Jahr zu installieren.

Probelauf für Atommüll-Rücknahme

Lagerung von Castor-Behältern getestet – Transporte kommen aus Sellafield

Niederaichbach. (red) Im Atom-Zwischenlager beim KKI Isar hat ein Probelauf für die Einlagerung von Castor-Behältern mit radioaktivem Abfall stattgefunden. Der Test in Niederaichbach (Landkreis Landshut) sei erfolgreich verlaufen, teilte die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) am Mittwoch mit. Die Abfälle stammen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in Großbritannien.

Mitte April hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) der BGZ die Lagerung von sieben Castor-Behältern mit hoch radioaktivem Abfall im Zwischenlager Isar genehmigt. „Die Behälter sollen in den nächsten Jahren vom britischen Sellafield in das Zwischenlager Isar gebracht werden. Ein Termin für den Transport steht noch nicht fest“, sagte

BGZ-Sprecher Stefan Mirbeth.

Der Probedurchgang sei Teil der Vorbereitungen für die Rücknahme des Atommülls. Dabei seien mit einem leeren, knapp 100 Tonnen schweren Castor-Behälter alle Arbeitsschritte, die zur Einlagerung erforderlich sind, absolviert worden, sagte danach Markus Luginger, Leiter des Atommüll-Zwischenlagers Isar. Die BGZ habe im Testlauf gezeigt, dass sie die hoch radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung sicher annehmen und aufbewahren könne.

Den Angaben nach überwachten unabhängige Sachverständige im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums den mehrtägigen Probelauf. Das Umweltministerium ist die für das Zwischenlager Isar zuständige Aufsichtsbehörde.

 energate Messenger | 03.05.2023

 Auflage: 5.000

 Aleksandra Fedorska

Polen plant bis zu 80 Kleinreaktoren

Warschau (energate) - Polen plant den Bau mehrerer kleiner Kernkraftreaktoren. Der erste sogenannte Small Modular Reactor (SMR) soll Ende dieses Jahrzehnts in Betrieb gehen. Mitte April haben der polnische Energiekonzern PKN Orlen und das Chemieunternehmen Synthos die ersten sieben Standorte für die Atomanlagen der Öffentlichkeit vorgestellt. Weitere 20 Standortvorschläge sollen noch in diesem Jahr folgen, kündigten die Projektpartner an. Orlen und Synthos haben zu diesem Zweck das Gemeinschaftsunternehmen Orlen Synthos Green Energy (OSGE) gegründet. Erklärtes Ziel ist es, bis 2038 knapp 80 solcher Kleinreaktoren in Polen zu errichten.

Mehr Souveränität im Energiesektor durch SMR

„Für Polen ist die Kernkraft eine Voraussetzung für Souveränität und wirtschaftlichen Fortschritt“, erklärte dazu Piotr Arak vom Polnischen Wirtschaftsinstitut (PIE). Die neuen Anlagen sollen die Industrie- und Energiewirtschaft mit Strom, Wärme und Wasserstoff versorgen. Zudem sollen sie als Stabilisator in einem künftig immer grüneren Energiesystem dienen. Die SMRs sind als Ersatz für die Kohlekraftwerke in Włocławek, Ostrołęka und Warszawa vorgesehen. In Dąbrowa Górnicza und Kraków soll vor allem der Stahlhersteller Arcelor Mittal von der Energieerzeugung der Reaktoren profitieren. „Jeder Block bedeutet rund 100 Arbeitsplätze im Kraftwerk selbst und rund 1.000 in der Region“, warb Daniel Obajtek, CEO von PKN Orlen, für die Kleinreaktoren gegenüber polnischen Medien.

International haben vor allem die USA ihre Unterstützung angekündigt. Eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichneten USA und Polen bereits im Jahr 2019. So stellen etwa US-Banken für den Bau der ersten polnischen BWRX-300-Reaktoren bis zu 4 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Bereits am 16. April hatte OSGE entsprechende Absichtserklärungen mit der Exim Bank (3 Mrd. USD) und mit der US International Development Finance Corporation (1 Mrd. USD) unterzeichnet. Die polnischen Banken PKO BP, Pekao, BGK und Santander Bank Polska haben ebenfalls eine Finanzierungsbeteiligung angekündigt.

Michał Sołowow, Haupteigentümer von Synthos, geht davon aus, dass der erste SMR 1,4 bis 1,5 Mrd. Euro kosten wird. Ab der fünften Anlage sollen die Baukosten jedoch sinken, stellte der stellvertretende Vorsitzende von OSGE, Dawid Jackiewicz, in Aussicht. Der Anteil polnischer Unternehmen am Bau der Kernreaktoren soll 55 Prozent betragen. US-amerikanische Unternehmen würden 33 Prozent der Anlagen bauen, während die restlichen 12 Prozent der Aufträge an Unternehmen aus anderen Ländern vergeben würden.

Erste Inbetriebnahme bis 2030

Der Reaktortyp BWRX-300 stammt vom Technologiekonzern GE Hitachi Nuclear Energy. Ein Prototyp soll ab 2028 im kanadischen Darlington zum Einsatz kommen. Direkt nach der Inbetriebnahme des Reaktors in Darlington sollen dann die Reaktoren in Polen ans Netz gehen.